

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 10 (1918)  
**Heft:** 5  
  
**Artikel:** Das Oltener Aktionskomitee  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-350850>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 24.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Gewerkschaftliche Rundschau

~~~~~ für die Schweiz ~~~~~

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Abonnement jährlich 3 Fr.  
Für das Ausland Portozuschlag  
Postabonnement 20 Cts. mehr

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 8, Bern  
Telephon 3168 ..... Postscheckkonto N° III 1366  
~~~~~ Erscheint monatlich ~~~~~

o Druck und Administration: o  
Unionsdruckerei Bern  
oooo Kapellenstrasse 6 oooo

## INHALT:

|  | Seite |
|--|-------|
| 1. Das Oltener Aktionskomitee . . . . .        | 87    |
| 2. Zum Antritt . . . . .                       | 38    |
| 3. Lohnämter . . . . .                         | 38    |
| 4. Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit . . . . . | 41    |
| 5. Ernährungsfragen . . . . .                  | 41    |
| 6. Aus schweizerischen Verbänden . . . . .     | 41    |

|                                      | Seite |
|--------------------------------------|-------|
| 7. Genossenschaftsbewegung . . . . . | 44    |
| 8. Volkswirtschaft . . . . .         | 44    |
| 9. Notizen . . . . .                 | 44    |
| 10. Ausland . . . . .                | 44    |
| 11. Literatur . . . . .              | 44    |

## Das Oltener Aktionskomitee.

Seit es eine moderne Arbeiterbewegung gibt, war die Lage der Arbeiterklasse, als Ganzes genommen, nie so überaus schwierig wie heute. In der Friedenszeit floss das politische Leben so ruhig dahin. Die Wahlkämpfe und die Abstimmungskampagnen lösten einander ab und belebten das Bild. Manchmal gingen die Wogen hoch, doch glätteten sie sich nach der Entscheidung, und das Leben ging ruhig weiter seinen Gang. Die Gewerkschaften betrieben ihre Propaganda und führten ihren wirtschaftlichen Kleinkrieg mit mehr oder weniger Erfolg. Hochkonjunktur und Krise wechselten, in logischer Folge schienen sich die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu vollziehen.

Der Krieg hat uns vor neue Probleme gestellt, den ganzen Gesellschaftsbau bis ins tiefste erschüttert. Der Kampf um die politische Macht und um die wirtschaftliche Anerkennung ist zum Kampf um die Lebensnotdurft in des Wortes schärfster Bedeutung geworden. Der Reallohn des Arbeiters geriet in immer grösseren Gegensatz zu den Kosten der Lebenshaltung, trotz den gewaltigen Lohnkämpfen der Gewerkschaften. Dazu kommt neuestens noch die Knappheit der Lebensmittel, durch die es den Besitzlosen immer schwerer gemacht wird, sich zu versorgen.

Wollte man verhüten, dass die Arbeiterschaft ins tiefste Elend hinabsinkt, so mussten Gewerkschafts- und Parteiorganisationen zusammenspannen und gemeinsam für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten. Seit Kriegsausbruch ist das geschehen. Es konnte jedoch nicht verborgen bleiben, dass nur durch straffes Zusammenfassen der Kräfte und Konzentrierung auf die jeweiligen dringlichsten Postulate etwas zu erreichen war. Täglich tauchten neue Fragen auf, die nicht für sich, sondern nur im Zusammenhang mit allen andern einer günstigen Lösung entgegengeführt werden konnten. Die seinerzeit eingesetzte zentrale Notstandskommission hat gewiss Anerkennenswertes geleistet, ihr Aufgabenkreis war aber zu eng umschrieben und ihr Verhältnis zu Partei und Gewerkschaften zu lose, als dass sie sich hätte massgebenden Einfluss verschaffen können.

Das zeigte sich deutlich bei dem Problem der Zivildienstpflicht, der Refraktäre und Deserteure, bei dem es geradezu dem Zufall überlassen schien, wer sich dieser Sache annehmen sollte. Der Gewerkschaftsbund nahm Mitte Januar zuerst offiziell dazu Stellung. Es war wesentlich dem in seinen Grundzügen ganz unzu-

länglichen Entwurf des bundesrätlichen Experten zu verdanken, dass von allem Anfang an die gesamte Arbeiterschaft gegen die Zivildienstpflicht Stellung nahm. Diese Stellungnahme verfehlte ihre Wirkung nicht. Der Entwurf fiel, ehe er recht geboren war. Aber noch harrete das Problem der Behandlung der Refraktäre und Deserteure seiner Lösung. Neue Fragen tauchten auf. Viele Organisationen traten auf mit Anträgen und Vorschlägen, die Versorgung betreffend. Die Bauern hatten die Erhöhung der Milchpreise angekündigt.

So hat man sich auf der gemeinsamen Konferenz vom 4. Februar in Olten auf die Einsetzung eines Aktionskomitees geeinigt, dem vier Mitglieder des Gewerkschaftsbundes und drei Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören sollten. Später kamen dazu je ein Gewerkschafts- und Parteivertreter aus der welschen Schweiz und schliesslich auch drei Vertreter der Eisenbahnerorganisationen.

Die Tätigkeit des Aktionskomitees setzte ein mit der Behandlung der Refraktär- und Deserteurfrage. Das liest sich auf dem Papier ganz leicht, ist es aber nicht. Es waren Delegationen beim Bundesrat und bei andern Behörden, die Formulierung von Anträgen für die Beschäftigung der Meliorationsarbeiter und ihre Vertretung und viele andere mündliche und schriftliche Betätigung nötig, um schliesslich zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis zu gelangen.

Auf die Initiative des Aktionskomitees wurde schliesslich eine besondere Kommission zur fortwährenden Behandlung der Meliorationsfragen eingesetzt.

Unterdessen nahm die Unzufriedenheit der Arbeiter mit den bestehenden Zuständen immer grössere Dimensionen an. Nicht nur wird die Teuerung mit jedem Tag drückender, auch die Rationen werden geringer. Das Brot und die Kartoffeln sind sehr knapp, das Fleisch und das Fett fabelhaft teuer und nirgends Aussicht auf Besserung. Dabei hat man das Gefühl, dass bei zweckmässiger Verteilung manches besser sein könnte. Der Unmut machte sich oft Luft in sehr weitgehenden Forderungen. Das Aktionskomitee erhielt die Aufgabe überbunden, die Forderungen zu prüfen und Vorschläge zu deren Verwirklichung zu machen. Das war nicht immer leicht. Die Forderungen mochten in allen Fällen die Folgen des grossen Notstandes sein, so galt es doch zu untersuchen, ob sie unter den gegebenen Verhältnissen zu verwirklichen waren oder ob nicht ihre Aufnahme in ein Aktionsprogramm toter Ballast bedeutete, der uns in der Verfolgung des wirklich Erreichbaren nur hinderte. Man musste sich auch darüber klar sein, was bisher auf dem Gebiete der Ver-



sorgung schon gefordert und geliefert worden war. Die Forderungen der Arbeiter seit Kriegsausbruch wurden daher zusammengestellt und mit den Resultaten verglichen.

Bei der Formulierung der Forderungen beschränkte man sich auf solche, die dringlich sind und die im Interesse möglichst weiter Kreise liegen, deren Realisierbarkeit aber auch unzweifelhaft möglich ist. Das so aufgestellte Programm ist in der letzten Nummer der «Rundschau» veröffentlicht worden, nachdem es eine Konferenz des Gewerkschaftsausschusses und der Partei gutgeheissen hatte.

Im Vordergrund stand die Milchpreisfrage, über die sofort eine scharfe Diskussion einsetzte. Aber auch andere Forderungen werden von Tag zu Tag dringlicher. So muss mit Nachdruck für eine zweckmässige Organisation der Kartoffelversorgung eingetreten werden. Ihrer Erledigung harren die Fleischversorgung, die Brennstoffversorgung, die Notstandsfrage und andere. In allen diesen Fragen muss das Aktionskomitee mit seiner Initiative einsetzen und die öffentliche Aufmerksamkeit rechtzeitig wecken, damit sie im Sinne der Konsumenten gelöst werden.

Das ist das, was wir in erster Linie unter Aktion verstehen, und so wollen wir die Tätigkeit des Aktionskomitees aufgefasst wissen. Viele Genossen haben von dieser Tätigkeit eine andere Auffassung. Ihnen gilt die Initiative und gelten die Vorbereitungsstadien für die Geltendmachung und Durchsetzung der Forderungen wenig. Für sie ist das Schlagwort des Tages der Generalstreik geworden. Er soll mit einem Schlage alle Not vergessen machen, das Allheilmittel für alle wirtschaftlichen Schäden sein. In manchen Köpfen ist es zu einer Begriffsverwirrung gekommen. Die jeweilige Forderung wird geradezu daraufhin untersucht, ob sie ein taugliches Mittel ist, um zum Streik zu kommen.

Selbstverständlich muss der Kampf gegebenenfalls die schärfsten Formen annehmen, wenn die legalen Mittel nicht mehr ausreichen und wenn es um wichtige Lebensfragen geht. Aber dieses Kampfmittel des allgemeinen Streiks ist das letzte und äusserste, denn es hat ungeheure Konsequenzen. Wenn man die Arbeiter von bürgerlicher Seite auf die Verantwortung aufmerksam zu machen beliebt, die die Erklärung des allgemeinen Streiks bedeutet, so ist allerdings zu sagen, dass die Verantwortung auf jener Seite mindestens so gross ist wie auf Arbeiterseite, da man ja durch die Befriedigung der berechtigten Forderungen der Arbeiter wohl in der Lage wäre, einen solchen Streik abzuwenden.

Das Aktionskomitee hat das Problem des allgemeinen Streiks eingehend erwogen und eine Reihe von Grundsätzen aufgestellt, nach denen eventuell verfahren werden müsste. Nach den Anträgen des Aktionskomitees haben auch die Verbände selber sich mit der Frage befasst. Wir werden zu gegebener Zeit das Resultat der gesamten Erwägungen an dieser Stelle einer Besprechung unterziehen.

Unvoreingenommene Kritik wird zugeben müssen, dass das Aktionskomitee bisher seine Aufgabe im Rahmen der Möglichkeit erfüllt hat. Daran ändern die Stimmen der Kritik nichts. Die übergrosse Mehrzahl der Arbeiterschaft wird ihm sicher Dank dafür wissen, wenn es wirklich versucht, mit den letzten Mitteln auf die Behörden einzuwirken, bevor es zum offenen Kampf auffordert. Mit diesem Vertrauen der Massen der Arbeiter, das sich bekunden soll in immer stärkerem Andrang zu den Organisationen, wird es aber auch möglich sein, den Druck von unten so zu verstärken, dass uns vielleicht das Härteste erspart bleibt.



## Zum Antritt.

In den letzten Monaten und Jahren konnte man in der politischen Presse der Schweiz oft von einem Riss zwischen Welsch und Deutsch lesen, der sich zu einem wirklichen Graben zu verbreitern drohte. Aengstliche Gemüter sahen zeitweilig den Moment der Auflösung der Schweiz nahe, weil man sich so gar nicht zu verstehen scheine und vielleicht auch nicht verstehen wolle.

Nicht nur in der bürgerlichen, sondern auch in der proletarischen Welt der Arbeiter glaubte man diesen Riss zeitweilig zu bemerken. Es schien oft schwer, einander zu verstehen. Die Auffassungen über die Organisation und Taktik in der Arbeiterbewegung waren nicht immer die gleichen. Das verschiedene Temperament und die verschiedene Kultur hatten ihre verschiedenen Ausdrucksweisen.

Bei alledem war es trotz der Enge der Grenzen schwer, Deutsch und Welsch einander näherzubringen, weil es an den Mitteln und Kräften fehlte, die den Kontakt herstellen konnten. In den letzten zehn Jahren hat sich ja vieles gebessert. Einige unserer Verbände haben ansehnliche Kontingente in der welschen Schweiz. Die zum grossen Teil Französisch sprechenden Uhrenarbeiter haben ihren Anschluss an die Deutsch sprechenden Metallarbeiter vollzogen, und es geht ausgezeichnet. Die romanischen Typographen haben ihre Selbständigkeit aufgegeben und sind dem Typographenbund beigetreten. Auch dieser Zusammenschluss bewährt sich. Es darf somit behauptet werden, dass Deutsch und Welsch sich verstehen und zusammenpassen, wenn nur erst der Kontakt da ist. Das ist auch kein Wunder! Es gibt zwischen den Arbeitern Sprachgrenzen, aber keine chinesischen Mauern.

Die welschen Arbeiter werden von den welschen Unternehmern gerade so ausgebeutet wie die Deutsch sprechenden von den ihren. Im Kampf um ihre Menschenrechte müssen sie zusammenstehen und zusammenhalten.

Jetzt ist endlich auch der Moment gekommen, da die Gesamtorganisation der schweizerischen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsbund, in der Lage ist, den Kontakt mit den Arbeitsbrüdern im Jura und am Genfersee voll herzustellen.

Am 1. Mai tritt der Sekretär welscher Zunge, Genosse Charles Schürch von La Chaux-de-Fonds, sein Amt im Gewerkschaftsbund an. Er wird ein grosses Arbeitsfeld vorfinden, viel Loses zu befestigen, Neues aufzubauen haben; vor allem aber wird es sein Bestreben sein müssen, dahin zu wirken, dass sich unsere welschen Brüder als Glieder unserer gemeinsamen Organisation fühlen, dass Welsch und Deutsch immer mehr ineinander verwächst und die Solidarität vom Leman bis zum Bodensee zur Tat wird.

In diesem Sinne heissen wir unsern neuen Mitarbeiter und Kampfgenossen herzlich willkommen.



## Lohnämter.

Im Nationalrat ist kürzlich bei der Beratung des Neutralitätsberichtes die Frage gesetzlich bindender Mindestlöhne aufgerollt worden. Dr. Feigenwinter hatte ein Postulat eingebracht, nach welchem von der Notunterstützung alle Personen auszuschliessen seien, deren Notlage eine Folge ungenügender Löhne ist und worin die Errichtung kommunaler Lohnämter verlangt wird, die «bis auf weiteres» verbindliche Mindestlöhne